

Die Europapolitik in der wissenschaftlichen Debatte

Wolfgang Wessels

Auch 2007 und 2008 wirkten europapolitische Ereignisse unmittelbar auf die wissenschaftliche Debatte, die darauf mit einer erheblichen Bandbreite von Detailanalysen und spannenden Kontroversen zu Grundsatzfragen reagierte.

Mit der Verabschiedung des Lissabonner Vertrags konzentrierten sich viele Beiträge aus der akademischen Landschaft zunächst auf vertiefende Analysen und vorläufige Einschätzungen der verabschiedeten Artikel des Regelwerks. Eine abrupte Wendung zurück zu Grundsatzfragen bahnte sich dann aufgrund der Ergebnisse des irischen Referendums an. Erste Stellungnahmen thematisieren zwar überwiegend mögliche Optionen bzw. „Szenarien“ eines „Plan B“, aber wie nach dem französischen Referendum revitalisieren viele Autoren die über Jahrzehnte geführten Kontroversen um Grundannahmen und Aussagefähigkeit theoretischer Ansätze zur europäischen Integration. Erneut wird zu fragen sein: Ist die „Europäische Integrationstheorie – wieder obsolet“?¹ Damit wird an die Zweifel des (Über-)Vaters europäischer Integrationstheorien angelsächsischer Prägung angeschlossen, der bereits Mitte der siebziger Jahre – nach der Phase gaullistischer (Europa-)Politik – die „Obsolescence of Regional Integration Theory“² festzustellen glaubte. Zugespielt formuliert: „Das gestiegene Selbstbewusstsein der europäischen Öffentlichkeit hat nicht nur den Integrationsprozess, sondern gleichzeitig auch die Integrationstheorie in die Krise gestürzt“³. Im Grundtenor folgt der wissenschaftliche Diskurs dem von europäischen Eliten geprägten Pessimismus und teilt weitgehend die Überzeugung, dass die EU in eine neue Phase eintritt, deren Charakteristika schwierig zu prognostizieren sind.⁴

Ein Schwerpunkt der wissenschaftlichen Aufarbeitung lag in der Untersuchung der politisch-strategischen Verarbeitung⁵ der Referenden in Frankreich, den Niederlanden und – nach Juni 2008 – in Irland. Für derartige Analysen bieten mehrere Übersichten und Quellen reichhaltiges Material.⁶ Neben möglichen Erklärungen für das Scheitern der Bemühungen durch einen Satz von „Erzählungen“ (narratives) europäischer Eliten⁷ sieht eine Studie mit hohem Selbstanspruch die Möglichkeit, aus einem umfangreichen Satz von erhobenen Positionen der Mitgliedsregierungen und der öffentlichen Meinung eine empirisch basierte Evaluierung von Optionen für den Reformprozess herauszuarbeiten und auf deren Grundlage politische Ereignisse vorauszusagen.⁸

1 Vgl. DVPW 2005.

2 Haas 1975.

3 Neyer 2007: 382.

4 Vgl. Ross 2008: 410.

5 Vgl. u.a. Faber/Wessels 2006a; Göler/Jopp 2006.

6 Vgl. u.a. IEP 2008: EU-27 Watch Nr. 7 im Rahmen von EU-CONSENT.

7 Vgl. Ross 2008.

8 Vgl. König/Daimer/Finke 2008: 340-341.

Grundlagentexte: Rüstzeug und Anstöße für Lehre und Forschung

Für die Lehre, aber auch als Einstieg in die Forschung sind – wie in den letzten Jahren – zunächst Übersichts- und Einführungspublikationen anzuzeigen. Eine „historische“ Einführung bietet eine „Kleine Geschichte der Europäischen Union“⁹, die eine Reihe von Standardveröffentlichungen¹⁰ sinnvoll ergänzt. Neben der Aufarbeitung einzelner Phasen und Weichenstellungen werden integrationsbezogene Erklärungsansätze systematisiert, die zur Analyse der Prozesse „vom Zeitalter der Extreme zum Zeitalter der Entgrenzung“¹¹ nützliche Anregungen beitragen. Auch das Angebot an Lehrbüchern zum politischen System der Europäischen Union und zu einzelnen Schwerpunkten europäischer Politik wurde erneut ergänzt und angereichert.¹²

Langjährige Schwerpunkte weiterführender (politik-)wissenschaftlicher Forschungen thematisieren und bearbeiten zentrale Stichworte europäischer Wissenschaftsdiskurse wie „(new) modes of governance“¹³, „Europäisierung“¹⁴ und „Legitimität“¹⁵. Den Forschungsstand zum „Europäischen Regieren im EU-Mehrebenensystem“ stellen die Sammelbände von Heinelt/Knodt (2008a) sowie von Tömmel (2008b) vor. Einen Ausgangspunkt bildet dabei die „Identifizierung von Besonderheiten in Mehrebenensystemen der EU-Politiken“¹⁶, die von einer weiterführenden Definition des Begriffs „Staat“ ausgeht.¹⁷ Als Untersuchungsfelder behandeln beide Publikationen fast übereinstimmend einen breit gesteckten Katalog öffentlicher Aufgaben, so unter anderem Gesundheits-, Umwelt-, Bildungs-, Verbraucher- und Geschlechterpolitik. Wesentliche Rahmenbedingungen für die Analyse der Integrationspolitik präsentieren daneben die Sammelbände von Gabriel/Kropp (2008) und von Ismayr (2008), die jeweils systematische Vergleiche von EU-Staaten anbieten.

Durchleuchten des Lissabonner (Reform -)Vertrags

In einer spätestens seit der Einheitlichen Europäischen Akte etablierten Tradition der zeitnahen Kommentierung von Vertragsergänzungen und -änderungen legten wissenschaftliche Beiträge erste Reflexionen zum Lissabonner Vertrag vor, die auf der Grundlage erfahrungsbasierter Spekulationen mögliche Auswirkungen der neuen Vertragsbuchstaben auf die (gelebte) Vertragspraxis diskutieren.¹⁸ Im Mittelpunkt der Analyse und Bewertung stand dabei in der Regel die vom Europäischen Rat politisch gesetzte Vorgabe, die „Handlungsfähigkeit der Europäischen Union und ihre Rechenschaftspflicht gegenüber dem Bürger“¹⁹ zu steigern.

9 Mittag 2008.

10 Vgl. u.a. Elvert 2006; Brunn 2004; Dinan 2004; Knipping 2004.

11 Mittag 2008: 319.

12 Vgl. Brasche 2008; Fröhlich 2008; Tömmel 2008b; Wessels 2008a.

13 Vgl. New Modes of Governance Project, online unter: <http://www.eu-newgov.org/> (Stand 22.07.2008); Connecting Excellence on European Governance, online unter: <http://www.connex-network.org/> (Stand 25.07.2008); eine Übersicht über die Ergebnisse von acht Forschungsprojekten aus FP6 zu European Governance bietet das Pilotportal IConnectEU, online unter: <http://www.iconnecteu.org> (Stand: 31.07.2008); Bähr/Treib/Falkner 2008; Heidenreich/Bischoff 2008; Heinelt/Knodt 2008a; Tömmel 2008a; Zeitlin 2008.

14 Vgl. Bulmer 2008; Graziano/Vink 2008; Pehle/Sturm 2008; Börzel/Risse 2007; Radaelli 2006.

15 Vgl. Ehin 2008; Hofmann/Wessels 2008a; Kohler-Koch/Rittberger 2007.

16 Heinelt/Knodt 2008b: 8.

17 Vgl. Heinelt/Knodt 2008b: 8-15.

18 Vgl. u.a. Hofmann/Wessels 2008a; Weidenfeld 2008; CEPS/EGMONT/EPC 2007; EPC 2007; Hänsch 2007.

19 Europäischer Rat 2007: 1, Ziff. 2.

Besondere Aufmerksamkeit fanden:

- der neue Aufbau bzw. die Gliederung des Vertragswerks in zwei Teile;²⁰
- die vertikale Kompetenzverteilung im Spannungsfeld zwischen einem Souveränitätsreflex der Mitgliedstaaten einerseits und einem Problemlösungsinstinkt derselben Akteure andererseits;²¹
- die institutionelle Architektur und dabei insbesondere die vorgesehenen Innovationen; untersucht wurden das Amt eines auf zweieinhalb Jahre zu wählenden hauptamtlichen Präsidenten des Europäischen Rats, die Position des „Hohen Vertreters der Europäischen Union für die Außen- und Sicherheitspolitik“²² und die Aufwertung der Mitgestaltungsmöglichkeiten nationaler Parlamente²³; methodisch interessante Berechnungen analysierten erwartbare Auswirkungen der veränderten Regeln zur Abstimmung im Rat auf dessen Handlungsfähigkeit, aber auch auf das EP und die Rolle von Bürokratien;²⁴
- Neuformulierungen im Bereich der „Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik“;²⁵ der Ausbau der Gemeinschaftsmethode im „Raum für Freiheit, Sicherheit und Recht“²⁶. Angemerkt wurde jedoch auch, dass das Vertragswerk in zentralen Bereichen der Koordinierungsregeln zur Wirtschafts-, Beschäftigungs-, und Fiskalpolitik keine oder nur vergleichsweise geringfügige Modifikationen vorsieht.²⁷

Auch die Klagen aus dem Bundestag gegen den Lissabonner Vertrag beim Bundesverfassungsgericht bildeten einen Topos für weitergehende Betrachtungen.²⁸

Aufgaben nach dem irischen Referendum

Diese Diskussionen fanden – zumindest zunächst – ein jähes Ende mit der Ablehnung des Lissabonner Vertrags im irischen Referendum vom 12. Juni 2008. Als eine unmittelbare Reaktion legten einschlägige Think Tanks mit leicht unterschiedlichen Nomenklaturen eine nüchtern präsentierte Liste von Optionen und Szenarien vor,²⁹ wie die Mitgliedstaaten mit der Umsetzung des Reformvertrags weiter verfahren könnten.

Die kontroverse und emotional aufgeladene Debatte nach der Entscheidung in Irland³⁰ umfasst jedoch nicht nur unterschiedliche Handlungsvorschläge, sondern auch eine erhebliche Spannweite an Analysen zur Struktur und zu den erwarteten bzw. befürchteten Entwicklungen der Europäischen Union insgesamt. Eine Momentaufnahme der Stimmen und Stimmungen im Jahre 2008 führt so auch in langjährige Auseinandersetzungen hinein, die in Forschung und öffentlichem Diskurs zu fundamentalen Fragen europäischer Politik geführt worden sind und immer wieder – so jetzt auch „nach Irland“ – aufgegriffen werden. Derartige „Erzählungen“ (narratives)³¹ offerieren aber mehr als nur Pulsmesser, um den Zeitgeist

20 Vgl. u.a. Müller-Graff 2008: 124-125.

21 Vgl. Hofmann/Wessels 2008a: 6.

22 Vgl. u.a. Hofmann/Wessels 2008b; Regelsberger 2008.

23 Vgl. Barrett 2008; COSAC 2008; Hölscheidt 2008; Jancic 2008; Kietz 2008; CEPS/EGMONT/EPC 2007.

24 Vgl. Tsebelis 2008.

25 Vgl. Biscop/Algieri 2008; Bopp 2008; Regelsberger 2008; Wessels/Bopp 2008; Whitman 2008.

26 Vgl. Ladenburger 2008; Carrera/Geyer 2007.

27 Vgl. u.a. Umbach/Wessels 2008.

28 Vgl. u.a. Brok/Selmayr 2008; Klage der Fraktion Die Linke (Fraktion Die Linke 2008); Klage des MdB Dr. Gauweiler (Gauweiler 2008).

29 Vgl. u.a. Grant 2008; Gros/Kurpas 2008; Hierlemann 2008; Maurer/Schwarzer 2008.

30 Vgl. u.a. Schneider 2008; Wessels 2008b.

und dahinter liegende Grundströmungen zu erfassen. Durch Lageanalysen prägen sie vielmehr auch unmittelbar selbst die Realität. Je nach Sichtweise können sie so Krisen herbeireden und damit zur sich selbst erfüllenden Prophezeiung werden, oder aber Probleme übertünchen und damit unerschwellig Krisen verschärfen.³² Meinungen und Reflektionen zur Entwicklung der Union beeinflussen demnach unmittelbar den Integrationsprozess.

Bei einer Gegenüberstellung von Erklärungsansätzen und Handlungsvorschlägen ist eine Untersuchung dessen, was überhaupt mit dem Begriff ‚Krise‘ bezeichnet und wie sie erklärt werden kann, von besonderem Gewicht. Zu fordern ist deshalb eine aussagefähige Typologie von ‚Krisen‘ einschließlich möglicher „Interpretationen der Verfassungskrise“³³. Für derartige Einschätzungen ist eine Fragestellung von zentraler Bedeutung: „Die Implikationen dieser gegenwärtigen Lage der EU für ihren zukünftigen Entwicklungspfad hängen davon ab, ob wir glauben, dass das System als ein unbegrenzter Prozess mit einem offenen Ende gut funktioniert, oder ob wir das Gefühl haben, dass ein gewisses Maß an Einvernehmen über seine politische, territoriale und funktionale Finalität erforderlich ist“³⁴.

Den Lissabonner Vertrag besser erklären und auf ein zweites irisches Referendum hoffen

Wie nach den Referenden in Frankreich und den Niederlanden besteht eine Reaktion in dem Unverständnis, dass der Reformvertrag, mit dem die Regierungen und Parlamente³⁵ doch gegenüber dem bestehenden Vertragswerk von Nizza wesentliche Fortschritte erreichen wollten, von eben Jenen abgelehnt wird, für die die Vertragsmütter und -väter diese vertragsrechtlichen Verbesserungen eigentlich gedacht und mühsam erarbeitet haben.³⁶ In der öffentlichen Debatte in Irland – wie in weiteren Kreisen innerhalb der gesamten Union – stießen die grundlegenden Motive seitens der Vertragsarchitekten zwar kaum auf direkten Widerstand, jedoch häufig ebenso wenig auf ein nachhaltiges Interesse, das zu einem deutlichen Engagement motiviert hätte.

Wiederholt wird aus der Sicht der Verteidiger von Lissabon – auch und besonders nach dem Ergebnis von Irland – die Einschätzung der Unregierbarkeit einer ‚EU 27‘ auf der Basis des Vertrags von Nizza: „Nach wie vor gilt, dass die EU mit dem Vertrag von Nizza nicht handlungsfähig genug ist, um die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts effizient und effektiv zu lösen.“³⁷ Die Schwierigkeiten des Reformvertrags wären demnach kein ‚Luxusproblem‘ einer an sich schon funktionierenden Gemeinschaft, sondern führten zwangsläufig in eine Krise der Immobilität und Blockade oder in den (Aus-)Weg eines verzweifelten Suchens nach ad hoc-Lösungen außerhalb des EU-Rahmens. Befürchtet wird, dass die Union „in eine tiefe Ohnmacht ohne eine Strategie für einen Weg aus der Krise“³⁸ falle. Diese Einschätzung wird durch wissenschaftliche Berechnungen zu den Auswirkungen der Regeln zur qualifizierten Mehrheit im Rat gestützt: „under the Nice rules the European Union will be unable to function“³⁹.

31 Vgl. zum Begriff u.a. Ross 2008; Kohler-Koch/Conzelmann/Knodt 2004: 28.

32 Vgl. generell Arbeiten zum Sozialkonstruktivismus, u.a. Schweltnus 2006; Wiener 2005; Risse 2004.

33 Vgl. u.a. Faber/Wessels 2005: 357.

34 Laffan/Sudbury 2006: 284.

35 Vgl. Brok/Selmayr 2008.

36 Vgl. Leinen/Kreutz 2008.

37 Leinen/Kreutz 2008: 307.

38 Duff 2008.

39 Tsebelis 2008: 287.

Als Gefahr bei dem erneuten Scheitern des Reformprozesses wird zwar nicht notwendigerweise ein Kollaps der EU befürchtet, aber doch eine Entwicklung in eine andere Gemeinschaft: Prognostiziert wird „a change of direction and the abandonment of the Community method in exchange for a comprehensive return of the intergovernmental system“⁴⁰. Damit werden die Bemühungen um den Ausbau des EU-Systems ausgehend vom Nizzaer Vertrag über den Verfassungsvertrag bis zum Lissabonner Vertrag als richtig und notwendig für eine angemessene Weiterentwicklung der EU im direkten Interesse der Unionsbürger verstanden.

Angesichts dieses Grundverständnisses führen viele Akteure das Scheitern auf taktisches Versagen der politischen Führung zurück. Die Verantwortlichen in Irland haben demnach den europäischen Mehrwert nicht ausreichend kommuniziert: „die gesamte pro-europäische Kampagne in Irland [ist] ein absolutes Chaos“ und „vollkommen unprofessionell“⁴¹ bzw. „soft support for the EU was vulnerable to a vigorous ‚no‘ campaign“⁴². Aber auch die EU-Institutionen werden wegen ihrer Unfähigkeit, eine gemeinsame Kommunikationsstrategie zu führen, kritisiert.⁴³ Beobachter sehen dabei auch eine nachhaltige Schwächephase bisheriger Führungsinstitutionen – der Kommission und des Europäischen Rats.⁴⁴

Zu überlegen ist deshalb aus dieser Sicht, mit welcher Strategie dieser vermeidbare ‚Betriebsunfall‘ zu reparieren ist. Zentral ist dabei die Forderung nach einem erneuten Referendum, vor dem mit Erklärungen des Europäischen Rats auf die direkt geäußerten Sorgen der irischen Bürger eingegangen werden sollte, jedoch ohne erneute Vertragsänderungen.

Flexible Lösungen und ein Kerneuropa der willigen und fähigen Mitgliedstaaten schaffen

Wie immer wieder bei vermuteten oder konstatierten Blockaden durch einzelne Mitgliedstaaten erklingt der Ruf nach einem ‚Kerneuropa der willigen und fähigen Mitgliedstaaten‘⁴⁵ oder in diesem Fall auch die Forderung nach einem besonderen Status⁴⁶ oder sogar dem Ausschluss einzelner Mitglieder.⁴⁷ Durch einen neuen Gründungsakt – gegebenenfalls aufgrund eines EU-weiten Referendums⁴⁸ – würde sich eine eher föderal ausgerichtete „Pioniergruppe“⁴⁹ oder „Avantgarde“⁵⁰ bilden, die einen neuen Weg zu mehr Integration einschlägt: „a number of pro-deepening member states would establish a Union of their own“⁵¹.

Vorschläge für ein flexibles und differenziertes Vorgehen mit Formen einer abgestuften Mitgliedschaft – gegen „unanimity and uniformity“⁵² – ergeben sich auch aus Analysen, die eine tiefe Spaltung innerhalb der Union bei Visionen zur Finalität der Integrationskonstruktion konstatieren: Festgestellt wird eine nachhaltige Spannung zwischen dem Ziel einer

40 Riccardi 2008: 3.

41 Duff 2008.

42 Eurobarometer 2008: 8.

43 Vgl. Leinen 2008.

44 Vgl. Ross 2008: 400-402.

45 Vgl. u.a. Dahrendorf 2008; Habermas 2008a.

46 Vgl. Grant 2008: 2.

47 Vgl. Koch-Mehrin 2008; Steinmeier 2008.

48 Vgl. Cohn-Bendit 2008; Habermas 2008b.

49 Vgl. zum Begriff u.a. Chirac 2000.

50 Vgl. zum Begriff u.a. Fischer 2000.

51 Hierlemann 2008: 4.

52 Schmidt 2008: 1.

„values based community with identifiable borders“ – das heißt ohne die Türkei – und einem Prozess in Richtung einer „ever-enlarging borderless free market and security zone“.⁵³

Überzeugen können diese Argumente angesichts der Lage nach dem irischen Referendum nur begrenzt: Für einzelne Politikfelder, wie die Währungsunion und die Innen- und Justizpolitik, existieren ja bereits Formen der Differenzierung und der ‚variablen Geometrie‘⁵⁴, die ausreichend ohne die Teilnahme aller Mitgliedstaaten funktionieren. Auch das vertraglich vorgesehene Verfahren der ‚verstärkten Zusammenarbeit‘, das seit seiner Einführung mit dem Vertrag von Amsterdam noch nicht genutzt wurde,⁵⁵ ist als Angebot für begrenzte Formen von Teilmitgliedschaften zu verstehen. Mit derartigen Strategien der sektorbezogenen Flexibilisierung können Regierungen mit oder ohne den Lissabonner Vertrag arbeiten und mit oder ohne Irland vorangehen.

Eine grundsätzlich angelegte Strategie eines konstitutionellen Systemwandels, die ein ‚Kern- beziehungsweise Kleineuropa‘ auf einer neuen Vertragsbasis gründen möchte, ist politisch wenig überzeugend⁵⁶ und vertragsrechtlich äußerst bedenklich. Ein derartiger Kern ist außerdem bereits in der Gruppe der Gründungsmitglieder kaum zu erkennen.

Ein direkter Ausschluss von Staaten, die nicht bereit sind, Integrations Schritte mitzutragen, ist vertragsrechtlich nicht möglich und politisch nicht durchsetzbar: Die kleineren Staaten würde dieses Vorgehen als ein ‚Diktat der Großen‘ verstehen.⁵⁷ Der ursprüngliche Sinn der konstitutionellen Reformen verkehrte sich aus dieser Sicht in sein Gegenteil: „The EU’s entire democratic legitimacy would simply vanish into thin air“⁵⁸.

Gegen Brüssel: Ein neues Europa (wieder) gründen

Eine Denkschule mit vielen unterschiedlichen Variationen interpretiert den Ausgang des Referendums als Zeichen eines tiefen Misstrauens der Bürger Europas gegen die Entwicklungen der Europäischen Union in den letzten Jahrzehnten.⁵⁹ Das irische Volk hat nach dieser Sichtweise stellvertretend für die von ihrem Recht auf Mitbestimmung ausgeschlossenen Völker Europas das Werk von selbstverliebten Eliten abgelehnt, welche die von ihnen angeblich repräsentierten Bürger nicht mehr ‚mitnehmen‘ konnten. Eine erneute Abstimmung wäre demnach auch undemokratisch.⁶⁰ Das Scheitern des quasi-konstitutionellen Reformprozesses ist demnach als „Failure of Political Representation“⁶¹ zu charakterisieren.

Das irische Ergebnis öffnet damit erneut das Tor, um traditionelle Kritikpunkte an der Bürokratie dort im (bürger-)fernen Brüssel wieder aufzugreifen und das tief im konstitutionellen Denken der Nationalstaaten verankerte Unbehagen gegen jegliche Form der Übertragung von Kompetenzen auf eine supranationale Ebene zu artikulieren. Danach ist auch im Lissabonner Vertrag „zu viel, jedenfalls zu schnell, ohne Flankierung durch neue demokratische Institutionen in Europa ‚nach Europa‘ gegangen“⁶². Eine Argumentation setzt dabei an einem spezifischen Staatsverständnis an: „Der Sache nach begründet der Vertrag

53 Schmidt 2008: 1.

54 Vgl. zur Kategorienbildung Wessels 2008a: 459-462, 476-478.

55 Vgl. Wessels 2008a: 462-468.

56 Vgl. die deutlichen Positionen Merkels (Merkel 2008) und Sarkozy (Sarkozy 2008).

57 Vgl. Juncker 2008.

58 Hierlemann 2008: 5.

59 Vgl. u.a. Dahrendorf 2008; Habermas 2008a; Kirchhof 2008; attac Deutschland 2008; Die Linke 2008.

60 Vgl. Kirchhof 2008.

61 Crum 2008.

62 Kirchhof 2008.

faktisch einen Bundesstaat, obwohl es der Europäischen Union an einem ‚Unionsvolk‘ mit originärer Hoheit fehlt. Ein solcher Integrationsschritt, den der Vertrag macht, setzte Referenden der europäischen Völker voraus, die aber nicht vorliegen⁶³. Diese Argumentationslinie greift die häufig diskutierte ‚non demos‘-These auf: „the EU lacks the structural preconditions to become a truly democratic polity“⁶⁴.

Phänomene vergleichbarer Schwächen demokratischen Regierens geben in der Regel jedoch keinen Anlass, das jeweilige System selbst grundsätzlich in Frage zu stellen. Damit ergibt sich eine Reihe von essentiellen Diskussionspunkten: Ist die Integrationskonstruktion der EU grundsätzlich zerbrechlicher und instabiler als andere gewachsene politische Einheiten? Gibt es kein ‚l’Europe profonde‘⁶⁵, das heißt eine ausreichend tief in der Gesellschaft verankerte politische Gemeinschaft⁶⁶, die Schwierigkeiten und Blockaden um den Ausbau der Europäischen Union aushalten könnte? Ist die Europäische Union damit nicht nur wegen spezifischer konstitutioneller Charakteristika, sondern auch wegen fehlender systemtragender Legitimation ein Fall ‚sui generis‘⁶⁷ Verfüg die Union damit nicht über „eine politisch belastbare Identität“⁶⁸, oder reicht die Existenz von „multiplen Identitäten“⁶⁹, die auch die EU-Ebene in einem Fusionsprozess miteinbezieht, nicht aus? Benötigt die EU deshalb mehr „politische Identität“⁷⁰? Braucht die Union die unmittelbare Zustimmung, die ‚Liebe‘ ihrer Bürger mehr als andere staatliche Ebenen?

Eine Antwort auf diese Nachfragen wird im Mangel an den in den Mitgliedstaaten üblichen ‚Deliberationen‘ gesehen, die zu entsprechenden Vorschlägen führt: „eine zentrale politische Forderung muss daher [...] lauten: mit dem Europäischen Rat das eigentliche Machtzentrum der Europäischen Union zu parlamentarisieren und diesen reformierten Europäischen Rat die Kommission wählen zu lassen“⁷¹. Eine Stimme sieht daher den Lissabonner Vertrag eher als eine „Zwischenetappe“ zur Überarbeitung der Kompetenzen: „Wir überarbeiten jetzt den Lissabonner Vertrag, wir machen die Zuständigkeiten eckiger und kantiger, damit sie jeder erkennt und versteht“⁷². Ein weiterer Argumentationsstrang stellt die inhaltliche Ausrichtung der Unionspolitik und insbesondere des Lissabonner Vertrags grundsätzlich in Frage: „Die Europäische Union wird friedlich, demokratisch und sozial sein oder sie wird nicht sein“⁷³.

Trotz vieler Gemeinsamkeiten in der Einschätzung des ‚Neins‘ als Zeichen für eine grundsätzliche Opposition gegen das eigentliche EU-System, ist diesen Beiträgen keine einheitliche Alternative zu entnehmen.

In der Regel wird jedoch ein erneuter Anlauf zu Detailreformen des Vertragswerks abgelehnt. Generell wird ja nicht ‚Europa‘, sondern ‚Brüssel‘ mit der EU-Technokratie infrage gestellt. Dahrendorf, der seit den siebziger Jahren ein Gegner des von ihm so

63 Gauweiler 2008.

64 Kohler-Koch/Rittberger 2007: 6; vgl. die dortige Diskussion insbesondere um die Bewertungen von Kielmansegg.

65 Vgl. zum Begriff Braudel 1986: 19: „la France profonde“.

66 Vgl. u.a. Easton 1971: 96-100.

67 Vgl. zur Diskussion u.a. Schneider 2005.

68 Kielmansegg 2003: 58.

69 Laffan/O’Donnell/Smith 2000: 206.

70 Trüdingen 2008: 228; vgl. die dortige Diskussion.

71 Neyer 2007: 393.

72 Kirchhof 2008.

73 Fraktion Die Linke 2008.

bezeichneten „Ersten Europas“ ist⁷⁴, schlägt vor: „Wir müssen Abschied nehmen von der Sachlogik à la Monnet und Hallstein. [...] Nachzudenken ist nicht über krampfhaftige Versuche aus Brüssel doch noch Europa zu machen, sondern über einen neuen Ansatz. Man könnte vielleicht über einen Bund europäischer Demokratien sprechen“⁷⁵. Modalitäten mancher dieser Alternativen werden nur begrenzt durchgedacht: So stieße ein EU-weites Referendum, das – nach dem Motto ‚eine (gleiche) Stimme pro EU-Bürger‘ – die Ja- und Nein-Stimmen europaweit verrechnet und damit ermöglicht, dass eine europäische Mehrheit das gegenteilige Votum eines Mitgliedstaats überstimmen darf,⁷⁶ auf den Widerstand in kleineren Staaten und somit nicht zuletzt in Irland.

Zu konstatieren ist eine paradoxe, ja widersprüchliche Beziehung zwischen Analyse und Strategie: Viele Kritiker glauben die Nicht-Existenz eines ‚europäischen Volkes‘ feststellen zu können. Angesichts eines derartigen Befunds ist es dann doch überraschend, dass viele dieser Autoren selbst ein EU-weites Referendum vorschlagen, das zu seiner Legitimation doch so etwas wie ein gemeinsames Verständnis von einer ‚politischen Gemeinschaft‘ voraussetzt.

Mit Nizza leben – eine systemstabilisierende Normalität gestalten

Eine Reaktion, die zunächst weniger im politischen als im wissenschaftlichen Raum zu beobachten ist, empfiehlt, sich auf ein ‚Leben mit Nizza‘ einzurichten. Das Scheitern des Verfassungsvertrags 2005 und die vorläufige Ablehnung des Lissabonner Vertrags 2008 lösen nach dieser Sichtweise keine Strukturkrise aus, wie sie mit unterschiedlichen Vorzeichen sowohl von Befürwortern des Lissabonner Vertrags als auch von Unterstützern des irischen ‚Neins‘ heraufbeschworen wird: „Is it really true that the European Union cannot function on the basis of the treaty concluded in 2003? [...] even with the Treaty of Nice [...] the legislative machinery in Brussels would continue to function.“⁷⁷ Begründet wird diese Reaktion mit der Tragfähigkeit der vorhandenen institutionellen Architektur auch nach den umfangreichen Erweiterungen von 2004 und 2007. Erste Analysen des Befunds aus der Vertragspraxis⁷⁸ lassen eine durchaus akzeptable Nutzung und ausreichende Produktivität der EG-Organen – auch nach der umfassenden Beitrittswelle – erkennen.

Als eine mögliche Ursache für das Scheitern der intensiven Reformbemühungen verweist diese Denkschule auf das Fehlen eines wirklichen ‚constitutional moment‘⁷⁹. Ohne spezifische historische (Krisen-)Bedingungen sind nach dieser These auch keine nationalen Verfassungen geschaffen oder grundsätzlich verändert worden. Die Schwächen des EU-Systems sind demnach zwar zu erkennen, aber sie entwickeln keine ausreichende Dynamik; ein qualitativer Sprung wird nicht allseits als notwendig empfunden.

Eine weitere Erklärung strategischer Schwächen der Reformstrategie dieses Jahrzehnts vergleicht die Vertragsrevisionen von der Einheitlichen Europäischen Akte über den Maastrichter Vertrag bis zum Amsterdamer Vertrag mit den Vertragsänderungen von Nizza und Lissabon.⁸⁰ Nach der ‚Methode Monnet‘⁸¹ gingen die ersten drei Vertragsergänzungen

74 Vgl. Dahrendorf 1973.

75 Dahrendorf 2008.

76 Vgl. Maurer/Schwarzer 2008: 4.

77 Hierlemann 2008: 1-2.

78 Vgl. Wallace 2007; vgl. auch Beiträge aus Best/Christiansen/Settembri 2008.

79 Vgl. Ackerman 1992: 48.

80 Vgl. Faber/Wessels 2006a.

und -anpassungen – wie auch bereits die Gründungsverträge – von einem im Grundsatz verständlichen und erklärbaren Projekt (Binnenmarkt 1992, Währungsunion und – in geringerem Maße – Raum für Freiheit, Sicherheit und Recht) aus; nationale Regierungen konnten dabei in ‚win-win‘-Konstellationen umfassende Verhandlungspakete vereinbaren, die jedem Mitgliedstaat materiell etwas boten und deren (Aus-)Wirkungen die Bürgerinnen und Bürger direkt nachvollziehen bzw. ‚fühlen‘ konnten. Veränderungen in der institutionellen Architektur ergaben sich dann in einem zweiten Schritt folgerichtig aus den Anforderungen eines ‚Europas der Projekte‘⁸². Diese klassische (Erfolgs-)Formel des (Neo-)Funktionalismus, ‚form follows function‘, wurde in Nizza und Lissabon – und noch deutlicher im Verfassungsvertrag – nicht mehr als strategischer Ausgangspunkt genutzt. Vielmehr standen bei diesen Vertragswerken konstitutionelle und institutionelle Fragen im Vordergrund, die sich erheblich weniger für ausgleichenden Konsens und entsprechende Kompromisse zwischen den Mitgliedstaaten anbieten. Für den Bürger sind derartige Überlegungen zudem weit weg von seiner Alltagswelt.⁸³ Zugespitzt und plakativ werden damit zwei alternative Wege zur Konstitutionalisierung der EU gegenübergestellt: „Joschka Fischer gegen Jean Monnet“⁸⁴.

Ein mögliches Scheitern der Reformbemühungen muss nach dieser Sicht keine Krise bedeuten, vielmehr: „the failure of constitutional reform is, paradoxically, evidence of the success and stability of the existing ‘European constitutional settlement’“⁸⁵. Festgestellt wird ein existierender „Gleichgewichtszustand“ der Union als „reifem“ politischen System, sodass kein Handlungsbedarf zur Reduzierung des demokratischen Defizits und zur Steigerung der Effizienz der Institutionen besteht; das Scheitern des Verfassungsvertrags (bzw. nun des Reformvertrags) führe deshalb zu keiner wirklichen Notlage.⁸⁶ Festgestellt wird: „The Union has shown the ability to live with an open-ended process and enduring tensions and inconsistencies, not only in terms of policies but also institutional arrangements. [...] There has been no shared vision of what kind of polity the EU is becoming or should become“⁸⁷. In diesem Sinne ermöglicht erst das Offenhalten der Finalität den schrittweisen Ausbau der Integrationskonstruktion:⁸⁸ „a politically organized cooperative community has been achieved *because* there has been no agreed-upon political philosophy“⁸⁹.

Aus dieser Sicht darf deshalb die mangelnde Zustimmung der irischen Bevölkerung zum Lissabonner Vertrag nicht als Krise der Europäischen Union ausgerufen werden. Eine Argumentation von Integrationsbefürwortern, dass ohne den Reformvertrag die EU-Konstruktion kollabiere, kann dann nur zu einem unberechtigten Pessimismus führen, der die durchaus vorhandene Vertrauensbasis schwächt, anstatt die Output-Legitimität⁹⁰ weiter durch erfolgreiche Projekte zu stärken. Ein Handlungsbedarf zur Reduzierung des demokratischen Defizits und zur Steigerung der Effizienz der Institutionen bleibt aus dieser Sicht zwar weiterhin bestehen, aber diese Einsicht wird und darf danach nicht zur Lähmung der Arbeit der Europäischen Union insgesamt führen.

81 Vgl. Schild 2008; Wessels 2008a: 61-70; Faber/Wessels 2007.

82 Vgl. Barroso 2005: 652.

83 Vgl. u.a. Kurpas 2007: 9.

84 Schild 2008: 53.

85 Moravcsik 2006: 219.

86 Vgl. Laffan/Sudbury 2006: 284.

87 Olsen 2005: 18.

88 Vgl. u.a. Faber/Wessels 2006b: 8.

89 Olsen 2005: 22.

90 Vgl. zum Begriff Scharpf 1999: 16-28.

Mangelnde Legitimierung, Betriebsunfall oder einfach eine Kluft zwischen den Motiven der politischen Führung und den Präferenzen der Bürger

Angesichts dieser Reaktionsmuster stellt sich eine zentrale analytische Grundfrage: Ist das Scheitern in den Referenden aus einem fundamentalen Versagen einer politischen Legitimierung von unten zu erklären oder eher Folge unglücklicher Umstände und vermeidbarer taktischer Fehler? Und: „Where did the Constitutional treaty (bzw. der Reformvertrag) lose the people or were the final mistakes only made in the ratification process?“⁹¹

Bei näherer Betrachtung der Gründe ‚gegen‘, aber auch insbesondere ‚für‘ den Lissabonner Vertrag⁹² zeichnet sich eine deutliche Diskrepanz zwischen den Präferenzen und Interessen der irischen Bürger und den Grundmotivationen der Vertragsarchitekten ab. Die Unverständlichkeit des Dokuments ist ein zentrales Argument der Gegner, es ist aber nicht prinzipiell zu beheben, da Texte verfassungs- bzw. völkerrechtlicher Qualität – erst recht im Fall der EU – notwendigerweise einen mühsam ausgehandelten Kompromiss darstellen, bei dem jede Regierung im jeweils ‚wohl‘ verstandenen Interesse ihrer Bürger spezifische Vorbehalte einbringen will, so etwa im irischen Fall bezüglich der Neutralität. Europäischer Konsens ist demnach in der Regel nur durch eine Steigerung der Komplexität zu erkaufen.⁹³

Spezifische Klagen betreffen mögliche negative Auswirkungen auf Neutralität und Identität, auf Einwanderung, eine europäische Wehrpflicht und das Verbot der Abtreibung oder eine aufgezwungene Angleichung von Unternehmenssteuern. Die Mehrzahl der Autoren stellt jedoch im Lissabonner Regelwerk keine im Vergleich zum bestehenden Vertrag grundsätzlich veränderten Bestimmungen fest; einige Sorgen sind einfach gegenstandslos, in mehreren Bereichen sind Irland schon im Zuge vorangegangener Vertragsrevisionen Opt-out-Klauseln gewährt worden.⁹⁴ Auch einer der wenigen konkreten Einwände gegen den Lissabonner Vertrag – nämlich die Verkleinerung der Kommission und damit auch wiederkehrende Auszeiten für einen Kommissar aus Irland – könnte innerhalb des Lissabonner Regelwerks durch einen einstimmigen Beschluss des Europäischen Rates ausgeräumt werden.⁹⁵ Im Unterschied zu dem zweiten dänischen Referendum zum Maastrichter Vertrag⁹⁶ können somit gegenwärtig weniger die eigentlichen Problempunkte identifiziert und durch neue spezifische Ausnahmeregelungen gelindert werden.⁹⁷

Eine grundsätzlich anti-europäische Stimmung ist diesem Stimmungsbild eindeutig nicht zu entnehmen.⁹⁸ Auffällig ist jedoch unter diesem Integrationsaspekt, dass auch bei den Ja-Stimmen das Interesse Irlands deutlich im Vordergrund steht. Argumente, welche eine Verbesserung der Effektivität und der Bürgernähe der EU insgesamt in den Vordergrund der Reformdebatte stellen, spielen in den irischen Meinungsumfragen eine nur nebeneordnete Rolle.

Angesichts einer derartigen Analyse der irischen Motivationen schlagen Befürworter des Lissabonner Vertrags ein zweites Referendum vor. Reichen eine politische Erklärung des Europäischen Rates oder auch ein Zusatzprotokoll, welche mögliche Missverständ-

91 Crum 2008: 1.

92 Eurobarometer 2008; Millward Brown IMS im Auftrag des irischen Außenministeriums 2008; Wessels 2008b.

93 Vgl. Wessels 2008b.

94 Vgl. Leinen/Kreutz 2008.

95 Vgl. Art.17(5) EUV in der Lissabonner Fassung.

96 Vgl. Thune 1993.

97 Vgl. v.a. Millward Brown IMS 2008: ii, 25f.

98 Vgl. Millward Brown IMS 2008: 18-20.

nisse klarstellen beziehungsweise Anpassungen vornehmen, etwa hinsichtlich der Größe der Kommission, aus, um bei einem zweiten Votum eine Zustimmung in Irland zu erhalten? Ausgeschlossen wird ein derartiges Szenarium nicht,⁹⁹ zumindest, wenn fast alle anderen Mitgliedstaaten bis Herbst 2008 den Lissabonner Vertrag ratifiziert haben sollten. Einige Stimmen erhöhen auch den moralischen Druck auf die irischen Bürger mit dem Hinweis auf ein Hinauszögern des Beitritts des (katholischen) Kroatiens.¹⁰⁰

Für ein derartiges Szenario wäre jedoch näher zu prüfen, ob die geäußerten Kritikpunkte nur vorgeschoben sind beziehungsweise nur die Oberfläche eines tiefen Misstrauens gegen die politischen Eliten Irlands und Europas bilden. In einem derartigen zweiten Analyseschritt könnte dabei auf die Nein-Stimmen verwiesen werden, die sich aus einem tiefen Misstrauen gegenüber Politikern speisen.¹⁰¹ Aufgreifen könnte diese Argumentationslinie auch Analysen des französischen Referendums zum Verfassungsvertrag.¹⁰² Daraus ließe sich ein allgemeiner Missmut wegen der zu raschen Erweiterung der Europäischen Union und – bei kleineren Mitgliedstaaten – auch angesichts des vermuteten Einflusses größerer Staaten ableiten.¹⁰³ Bei einem weiteren Urnengang könnte diese skeptische Stimmung gegenüber den Vorgaben aus dem ‚fernem Brüssel‘ sogar noch zunehmen, um deutlich zu machen, dass man sich nichts von ‚oben‘ sagen lassen will.

Neben den Verweisen auf Detailkritiken oder auf ein fundamentales Misstrauen gegenüber nationalen und europäischen Eliten kann noch eine weitere Erklärung herangezogen werden: Der irischen Bevölkerung – insbesondere den jungen Wählern, die zu einem großen Teil mit ‚Nein‘ stimmten, und den vielen Nicht-Wählern¹⁰⁴ – ist der politisch deklarierte Reformbedarf der Europäischen Union nicht bewusst oder nachvollziehbar oder gar wichtig. Die europäisch motivierten Argumente für den Reformvertrag dringen sogar bei den Ja-Stimmen nicht durch, weil sie nicht an den realen Präferenzen der irischen Bevölkerung ansetzen. Angesichts der Natur derartiger konstitutioneller Regelwerke können Bürger – häufig auch bei gutem Willen – die Wirkungen der vorgesehenen Änderungen für ihr eigenes Leben nicht unmittelbar nachvollziehen. Eine derartige Argumentationslinie bestätigt somit ein deutliches Vermittlungsproblem zwischen der politischen Führung und dem Souverän.¹⁰⁵

Angesichts einer derartigen Argumentation verstehen sich die irischen Bürger durchaus als ‚gute Europäer‘¹⁰⁶, die das Referendum nicht als Pflicht begreifen, eine für notwendig erklärte Systemreform (mit-)zugestalten, sondern es eher als Chance wahrnehmen, Unmut gegenüber Vielem und Vielen medienwirksam auszudrücken.¹⁰⁷ Angesichts eines abgesicherten Status quo Irlands erscheint den grundsätzlich europafreundlichen jungen Iren damit eine Ablehnung oder Nicht-Teilnahme an dem Referendum kosten- und folgenlos. Die Ablehnung des Reformvertrags kann somit als ein verdecktes ‚Ja‘ zu einer bestehenden Normalität verstanden werden.

Nach dieser Einschätzung ergäbe sich jedoch eine grundsätzlich andere Entscheidungslage für den Fall, dass „ein Negativvotum die EU-Mitgliedschaft des betreffenden Staates in Frage

99 Vgl. Gros/Kurpas 2008: 2; Maurer/Schwarzer 2008.

100 Vgl. u.a. Sarkozy 2008.

101 Vgl. Millward Brown IMS 2008: 12.

102 Vgl. Schild 2008; Maurer 2006; Bauer/Metz/Seeger 2005; Jopp/Kuhle 2005.

103 Vgl. Millward Brown IMS 2008: 12.

104 Vgl. Eurobarometer 2008: 6.

105 Vgl. u.a. Maurer/Schwarzer 2008: 2.

106 Vgl. Eurobarometer 2008: 1.

107 Vgl. Eurobarometer 2008: 6-7.

stellt¹⁰⁸; es erscheint aber eher unwahrscheinlich, dass die irische Regierung in einem zweiten Referendum die Alternative ‚Lissabon oder EU-Austritt‘ zur Abstimmung stellen würde.

Nicht Ursache, sondern Antwort auf die Krise des Nationalstaats

Denkt man die aufgrund der Legitimitätsbilanz geäußerte Kritik durch, so ist es kurzschlüssig, die Analyse nur auf die Brüsseler Organe zu fokussieren, wie dies gerne durch das beliebte Spiel der Schuldzuweisung auf die europäische Ebene geschieht. Da die Europäische Union ein ‚Mehrebenensystem‘ bildet,¹⁰⁹ ist die Legitimitätsproblematik auf jeder Ebene zu untersuchen. So stellt das Eurobarometer wiederholt in einem Vergleich fest: „die EU genießt unter den Europäern weiterhin mehr Vertrauen als die nationalen Institutionen“¹¹⁰. Nimmt man die Referenden in Frankreich, den Niederlanden und jetzt in Irland als ein deutliches Zeichen des Misstrauens gegenüber den jeweiligen politischen Führungen, die als abgehobene politische Klasse wahrgenommen werden, so geht die Krise tiefer als die Beschwerden der Bürger zunächst erkennen lassen, und umso weniger bieten sich einfache Lösungsalternativen bei der Gestaltung der institutionellen Architektur der EU an. Anzusetzen ist dann in erheblich größerem Maße an den Schwächen des tradierten Nationalstaats: Geht man von der These aus, dass europäische Integrationspolitik der „rescue of the nation states“¹¹¹ dient, wird das Problem der Legitimitätszuweisung vom (europäischen) Kopf auf die (nationalen) Beine gestellt.

In diesem Sinne ist „[d]ie EU [...] nicht die Ursache dieser Krise – sie ist eine Antwort auf sie. Sie ist nicht die Ursache der Transformation des Regierens, sondern ein Experiment in gelenkter Internationalisierung.“¹¹² Angesichts dieser „experimentellen Union“ wird als eine wesentliche Aufgabe wissenschaftlichen Arbeitens gefordert, die „Mechanismen des Wandels [zu] identifizieren und Strategien vorzuschlagen, um die Arbeitsweise ihrer Infrastruktur effektiver zu gestalten.“¹¹³

Weiterführende Literatur

- Ackerman, Bruce (1992): *The future of liberal revolution*, New York.
- attac Deutschland (2008): *Nein der Iren eröffnet Chance auf überfällige Kurskorrektur der EU*. Pressemitteilung vom 13.06.2008, online unter: <http://www.attac.de/aktuell/neuigkeiten/detailansicht/datum////nein-der-iren-eroeffnet-chance-auf-ueberfaellige-kurskorrektur-der-eu/?cHash=4da1db7147>.
- Bähr, Holger/Treib, Oliver/Falkner, Gerda (2008): *Von Hierarchie zu Kooperation? Zur Entwicklung von Governance-Formen in zwei regulativen Politikfeldern der EU*, in: Tömmel, Ingeborg (Hrsg.): *Die Europäische Union. Governance und Policy-Making*, Politische Vierteljahresschrift 40/2007, Wiesbaden, S. 92-115.
- Barrett, Gavin (2008): *The King is Dead, Long Live the King: The Recasting by the Reform Treaty of the Provisions of the Constitutional Treaty Concerning National Parliaments*, in: *European Law Review*, Vol. 33, S. 66-85.
- Barroso, José Manuel (2005): *Where to Go from Here? The Commission's Perspective on the Future European Development*. Interview von Joachim Jens Hesse, in: *Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften*, Jg. 3, Nr. 4, S. 650-661.
- Bauer, Michael/Metz, Almut/Seeger, Sarah (2005): *Der Plan D der Europäischen Kommission und die Reflexionsphase zur Verfassung und Zukunft der Europäischen Union*, C·A·P Aktuell 3/2005.
- Benz, Arthur (2001): *Der moderne Staat: Grundlagen der politologischen Analyse*, Wien/Oldenburg.

108 Maurer/Schwarzer 2008: 4.

109 Vgl. Jachtenfuchs/Kohler-Koch 2003; Benz 2001; Hooghe/Marks 2001.

110 Eurobarometer 2008: 30-31.

111 Milward 2005.

112 Laffan/Sudbury 2006: 285.

113 Laffan/Sudbury 2006: 285.

- Best, Edward/Christiansen, Thomas/Settembri, Pierpaolo (Hrsg.) (2008): The Institutions of the Enlarged European Union: Change and Continuity: Continuity and Change, EU Reform and Enlargement Series.
- Biscop, Sven/Algieri, Franco (Hrsg.) (2008): The Lisbon Treaty and ESDP: Transformation and Integration, EGMONT Paper 24, Gent.
- Bopp, Franziska, 2008: Komplexität statt Kohärenz? Die GASP nach Lissabon, in: WeltTrends 59, S. 34-45.
- Börzel, Tanja A./Risse, Thomas (2007): Europeanization: The Domestic Impact of European Union Politics, in: Jørgensen, Knud Erik/Pollack, Mark A./Rosamond, Ben (Hrsg.): Handbook of European Union Politics, London, S. 483-504.
- Brasche, Ulrich (2008): Europäische Integration. Wirtschaft, Erweiterung, Regionale Effekte, 2. Aufl., München.
- Braudel, Fernand (1986): L'identité de la France, Paris.
- Brok, Elmar/Selmayr, Martin (2008): Der ‚Vertrag der Parlamente‘ als Gefahr für die Demokratie? Zu den offensichtlich unbegründeten Verfassungsklagen gegen den Vertrag von Lissabon, in: integration 03/2008, S. 217-234.
- Brunn, Gerhard (2004): Die europäische Einigung: von 1945 bis heute, Bonn.
- Bulmer, Simon (2008): Theorizing Europeanization, in: Graziano, Paolo/Vink, Maarten P. (Hrsg.): Europeanization. New Research Agendas, Houndmills, S. 46-58.
- Carrera, Sergio/Geyer, Florian (2007): The Reform Treaty & Justice and Home Affairs – Implications for the common Area of Freedom, Security and Justice, in: CEPS Policy brief Nr. 141, online unter: http://shop.ceps.eu/BooksList.php?category_id=6.
- CEPS/EGMONT/EPC (2007): The Treaty of Lisbon. Implementing the Institutional Innovations, Brüssel, S. 83-88.
- Chirac, Jacques (2000): Unser Europa. Rede vor dem deutschen Bundestag in Berlin am 27.06.2000, online unter: <http://www.bundestag.de/geschichte/gastredner/chirac/chirac1/html>.
- Cohn-Bendit, Daniel (2008) in: EurActiv, Das irische Referendum über den EU-Vertrag, Dossier erschienen am 20.05.2008, aktualisiert am 17.06.2008, online unter: <http://www.euractiv.com/de/zukunft-eu/irische-referendum-eu-vertrag/article-172518>.
- COSAC (Konferenz der Europaausschüsse der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments) (2008): Ninth bi-annual report: Developments in European Union Procedures and Practices Relevant to Parliamentary Scrutiny, S. 20-31, online unter: http://www.cosac.eu/en/documents/biannual/9_report.pdf.
- Crum, Ben (2008): The EU Constitutional Process. A Failure of Political Representation?, RECON Online Working Paper 2008/08, online unter: http://www.reconproject.eu/main.php/RECON_wp_0808.pdf?fileitem=16662530.
- Dahrendorf, Ralf (2008): Europa – oder die irische Frage. Plädoyer für die Rückkehr zu den Quellen und für einen Neubeginn, in: Neue Zürcher Zeitung, 02.07.2008, online unter: http://www.nzz.ch/nachrichten/kultur/aktuell/europa_oder_die_irische_frage_1.773919.html.
- Dahrendorf, Ralf (1973): Plädoyer für die Europäische Union, München.
- Deutsche Vereinigung für politische Wissenschaft (DVPW) (Hrsg.) (2005): Europäische Integrationstheorie – wieder obsolet?, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 02/2005, S. 337-382.
- Die Linke (2008): Das Volk ist der Souverän. Pressemitteilung vom 13.06.2008, online unter: <http://www.die-linke.de/presse/presseerklarungen/detail/artikel/das-volk-ist-der-souveraen/>.
- Dinan, Desmond (2004): Europe recast. A history of European Union, Basingstoke.
- Duff, Andrew (2008) in: EurActiv, Das irische Referendum über den EU-Vertrag, Dossier erschienen am 20.05.2008, aktualisiert am 17.06.2008, online unter: <http://www.euractiv.com/de/zukunft-eu/irische-referendum-eu-vertrag/article-172518>.
- Easton, David (1971): The political system. An inquiry into the state of political science, New York.
- Ehin, Piret (2008): Competing Models of EU Legitimacy: the Test of Popular Expectations, in: Journal of Common Market Studies, 3/2008, S. 619-640.
- Elvert, Jürgen (2006): Die europäische Integration, Darmstadt.
- EPC (Hrsg.) (2007): The people's project? The new EU Treaty and the prospects for future integration, in: Challenge Europe 17, online unter: <http://www.epc.eu/PDF/CE17.pdf>.
- Eurobarometer (2008): Standard Eurobarometer 69:2. Public opinion in the European Union, National report, Executive summaries, Ireland, Juli 2008, online unter: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb69/eb69_en.htm.
- Europäischer Rat (2007): Schlussfolgerungen des Vorsitzes. Europäischer Rat (Brüssel), 21./22.06.2007, online unter: http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/94935.pdf.
- Faber, Anne/Wessels, Wolfgang (2007): Vom Verfassungskonvent zurück zur ‚Methode Monnet‘? Die Entstehung der ‚Road map‘ zum EU-Reformvertrag unter deutscher Ratspräsidentschaft, in: integration 4/07, S. 370-381.

- Faber, Anne/Wessels, Wolfgang (2006a): Strategien und institutionelle Perspektiven nach der Verfassungskrise: ‚Funktionalistische‘ und ‚institutionalistische‘ Wege zu einem neuen europäischen Verhandlungspaket, in: Politische Vierteljahresschrift 2/2006, S. 252-263.
- Faber, Anne/Wessels, Wolfgang (2006b): Wider Europe, Deeper Integration? Constructing Europe Network, Background Paper, EU-CONSENT Network of Excellence, online unter: http://www.eu-consent.net/library/Deliverables/D5_BackgroundPaper.pdf.
- Faber, Anne/Wessels, Wolfgang (2005): Die Verfassungskrise der EU als Krise ‚der‘ Integrationstheorie? Plädoyer für eine Neufokussierung der theoretischen Debatte, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 2/2005, S. 353-359.
- Fischer, Joschka (2000): Vom Staatenbund zur Föderation – Gedanken über die Finalität der Europäischen Integration. Rede vom 12.05.2000 an der Humboldt-Universität Berlin, abgedruckt in: Marhold, Hartmut (Hrsg.): Die neue Europadebatte. Leitbilder für das Europa der Zukunft, Bonn, S. 41-54.
- Fraktion Die Linke (2008): Elemente der Verfassungsklage gegen den Vertrag von Lissabon. Pressemitteilung vom 26.06.2008, online unter: <http://www.linksfraktion.de/nachricht.php?artikel=1409556873>.
- Fröhlich, Stefan (2008): Die Europäische Union als globaler Akteur: Eine Einführung, Wiesbaden.
- Gabriel, Oscar W./Kropp, Sabine (Hrsg.) (2008): Die EU-Staaten im Vergleich: Strukturen, Prozesse, Politikhalte, 3. erw. Aufl., Wiesbaden.
- Gauweiler, Peter (2008): MdB Dr. Gauweiler legt Verfassungsklage gegen das Zustimmungsgesetz zum Vertrag von Lissabon ein. Pressemitteilung vom 23.05.2008, online unter: <http://www.peter-gauweiler.de/pdf/Vertrag%20von%20Lissabon%20kurz.pdf>.
- Göler, Daniel/Jopp, Mathias (2006): Die europäische Verfassungskrise und die Strategie des ‚langen Atems‘, in: integration 2/2006, S. 91-105.
- Grant, Charles (2008): Three scenarios for the Lisbon treaty, in: Centre for European Reform, bulletin 61, S. 1-2.
- Graziano, Paolo/Vink, Maarten P. (Hrsg.) (2008): Europeanization. New Research Agendas, Houndmills.
- Gros, Daniel/Kurpas, Sebastian (2008): What next? How to save the Treaty of Lisbon, CEPS Policy Brief Nr. 163.
- Haas, Ernst B. (1975): The Obsolescence of Regional Integration Theory, Berkeley.
- Habermas, Jürgen (2008a): Ein Lob den Iren, in: Süddeutsche Zeitung vom 17.06.2008, online abrufbar unter: <http://www.sueddeutsche.de/ausland/artikel/310/180753/>.
- Habermas, Jürgen (2008b) in: EurActiv, Das irische Referendum über den EU-Vertrag, Dossier erschienen am 20.05.2008, aktualisiert am 17.06.2008, online unter: <http://www.euractiv.com/de/zukunft-eu/irische-referendum-eu-vertrag/article-172518>.
- Hänsch, Klaus (2007): Ende gut – alles gut? Anmerkungen zum Reformvertrag, in: integration 4/2007, S. 499-502.
- Heidenreich, Martin/Bischoff, Gabriele (2008): The Open Method of Co-ordination: A Way to the Europeanization of Social and Employment Policies?, in: Journal of Common Market Studies 3/2008, S. 497-532.
- Heinelt, Hubert/Knodt, Michèle (Hrsg.) (2008a): Politikfelder im EU-Mehrebenensystem. Instrumente und Strategien europäischen Regierens, Baden-Baden.
- Heinelt, Hubert/Knodt, Michèle (2008b): Einleitung: Politikfelder im Europäischen Mehrebenensystem, in: Heinelt, Hubert/Knodt, Michèle (Hrsg.): Politikfelder im EU-Mehrebenensystem. Instrumente und Strategien europäischen Regierens, Baden-Baden, S. 7-21.
- Hierlemann, Dominik (2008): Irish Vote, Europe’s Future: Four options after the „No“, in: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Spotlight Europe, special edition 2008/06.
- Hofmann, Andreas/Wessels, Wolfgang (2008a): Der Vertrag von Lissabon – eine tragfähige und abschließende Antwort auf konstitutionelle Grundfragen?, in: integration 01/2008, S. 3-20.
- Hofmann, Andreas/Wessels, Wolfgang (2008b): Kein Konsens über Kohärenz? Auswärtiges Handeln der EU nach Lissabon, in: WeltTrends 59, S. 21-33.
- Hölscheidt, Sven (2008): Formale Aufwertung – geringe Schubkraft: die Rolle der nationalen Parlamente gemäß dem Lissabonner Vertrag, in: integration 3/2008, S. 254-265.
- Hooghe, Liesbet/Marks, Gary (2001): Multi-level Governance and European Integration, Lanham.
- Institut für Europäische Politik (IEP) (Hrsg.) (2008): EU-27 Watch Nr. 7, EU-CONSENT Network of Excellence, zukünftig abrufbar unter: <http://www.politik.uni-koeln.de/wessels/>.
- Ismayr, Wolfgang (Hrsg.) (2008): Gesetzgebung in Westeuropa: EU-Staaten und Europäische Union, Wiesbaden.
- Jachtenfuchs, Markus/Kohler-Koch, Beate (2003): Einleitung: Regieren und Institutionenbildung, in: Jachtenfuchs, Markus/Kohler-Koch, Beate (Hrsg.): Europäische Integration, 2. Aufl., Opladen, S. 11-46.
- Jancic, Davor (2008): A New Organ of the European Union: „National Parliaments Jointly“, Federal Trust Policy Commentary, online unter: http://www.fedtrust.co.uk/uploads/Parliaments_Jointly.pdf.
- Jopp, Mathias/Kuhle, Gesa-S. (2005): Wege aus der Verfassungskrise – Die EU nach den gescheiterten Referenden in Frankreich und den Niederlanden, in: integration 3/2005, S. 257-261.

- Juncker, Jean-Claude (2008): Wir dürfen die Iren nicht in die Ecke stellen. Interview in der Financial Times Deutschland vom 17.06.2008, online unter: <http://www.ftd.de/politik/europa/Interview%20Jean%20Claude%20Juncker%20Wir%20Iren%20Ecke/373592.html>.
- Kietz, Daniela (2008): Die Nationalen Parlamente, in: Lieb, Julia/Maurer, Andreas/von Ondarza, Nicolai (Hrsg.): Der Vertrag von Lissabon. Kurzkommmentar, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, S. 29-30, online unter: http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=4861.
- Kirchhof, Paul (2008): Interview im Südwestrundfunk vom 19.07.2008, online unter: <http://www.swr.de/swr2/programm/sendungen/interview-der-woche/-/id=659202/nid=659202/did=3514094/1nyf9f7/index.html>.
- Knipping, Franz (2004): Rom, 25. März 1957. Die Einigung Europas, München.
- Koch-Mehrin, Silvana (2008) in: Spiegel online, 2. Juli 2008, online unter: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,563325,00.html>.
- Kohler-Koch, Beate/Rittberger, Berthold (2007): Debating the Democratic Legitimacy of the European Union, Lanham.
- Kohler-Koch, Beate/Conzelmann, Thomas/Knodt, Michèle (2004): Europäische Integration – Europäisches Regieren, Wiesbaden.
- König, Thomas/Daimer, Stephanie/Finke, Daniel (2008): The Treaty Reform of the EU: Constitutional Agenda-Setting, Intergovernmental Bargains and the Presidency's Crisis Management of Ratification Failure, in: Journal of Common Market Studies 2/2008, S. 337-363.
- Kurpas, Sebastian (2007): The Treaty of Lisbon – How much ‚Constitution‘ is left? An Overview of the Main Changes, CEPS Policy brief No. 147.
- Ladenburger, Clemens (2008): Police and Criminal Law in the Treaty of Lisbon. A New Dimension for the Community Method, in: European Constitutional Law Review 4/2008, S. 20-40.
- Laffan, Brigid/Sudbury, Imogen (2006): Zur Ratifizierungskrise des Verfassungsvertrags – drei politikwissenschaftliche Lesarten und ihre Kritik, in: integration 4/06, S. 271-286.
- Laffan, Brigid/O'Donnell, Rory/Smith, Michael (2000): Europe's Experimental Union: Rethinking Integration, Routledge.
- Leinen, Jo (2008), in: EurActiv, Das irische Referendum über den EU-Vertrag, Dossier erschienen am 20.05.2008, aktualisiert am 17.06.2008, online unter: <http://www.euractiv.com/de/zukunft-eu/irische-referendum-eu-vertrag/article-172518>.
- Leinen, Jo/Kreutz, Jan (2008): Herausforderung partizipative europäische Demokratie: Zivilgesellschaft und direkte Demokratie im Vertrag von Lissabon, in: integration 3/2008, S. 241-253.
- Maurer, Andreas (2006): Nachsitzen, Sitzenbleiben oder Klassenverweis? Realisierungsperspektiven für den Europäischen Verfassungsvertrag, SWP-Studie S 4, online unter: www.cap-lmu.de/lit/eintrag.php?we_objectID=1039.
- Maurer, Andreas/Schwarzer, Daniela (2008): Der Schuss vor den Bug. Frankreich muss die Prioritäten seiner EU-Ratspräsidentschaft umgewichten, in: SWP Aktuell 2008/A 62, online unter: http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=5110.
- Merkel, Angela (2008): Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Angela Merkel vom 19. Juni 2008, online unter: http://www.bundesregierung.de/nn_1502/Content/DE/Regierungserklaerung/2008/2008-06-19-regierungserkl_C3_A4rung-merkel.html.
- Milward, Alan S. (2005): The European Rescue of the Nation-State, 3. Aufl., London/New York.
- Millward Brown IMS (2008): Post Lisbon Treaty Referendum. Research Findings, September 2008, online unter: <http://www.irishtimes.com/focus/2008/postlisbon/index.pdf>.
- Mittag, Jürgen (2008): Kleine Geschichte der Europäischen Union. Von der Europaidee bis zur Gegenwart, Münster.
- Moravcsik, Andrew (2006): What can we learn from the Collapse of the European Constitutional Project?, in: Politische Vierteljahresschrift 47/2, S. 219-241.
- Müller-Graff, Peter-Christian (2008): Der Vertrag von Lissabon auf der Systemspur des Europäischen Primärrechts, in: integration 2/08, S. 123-144.
- Neyer, Jürgen (2007): Welche Integrationstheorie braucht Europa?, in: integration 4/2007, S. 382-393.
- Olsen, Johan P. (2005): The political organization of Europe: Differentiation and unification, ARENA Working Paper No. 23, online unter: http://www.arena.uio.no/publications/working-papers2005/papers/wp05_23.pdf.
- Pehle, Heinrich/Sturm, Roland (2008): Die Europäisierung der Regierungssysteme, in: Gabriel, Oscar W./Kropp, Sabine (Hrsg.): Die EU-Staaten im Vergleich. Strukturen, Prozesse, Politikinhalt, 3. erw. Aufl., Wiesbaden, S. 155-178.
- Radaelli, Claudio M. (2006): Europeanization: Solution or problem?, in: Cini, Michelle/Bourne, Angela K. (Hrsg.): European Union Studies, Houndmills, S. 56-76.
- Regelsberger, Elfriede (2008): Von Nizza nach Lissabon – das neue konstitutionelle Angebot für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU, in: integration 3/2008, S. 266-280.

- Riccardi, Ferdinando (2008): Whoever rejects Lisbon Treaty must accept consequences, in: Bulletin Quotidien Europe No. 9700, S. 3.
- Risse, Thomas (2004): Social Constructivism, in: Wiener, Antje/Diez, Thomas (Hrsg.): European Integration Theory, Oxford, S. 159-175.
- Ross, George (2008): What do ‚Europeans‘ Think? Analyses of the European Union’s Current Crisis by European Elites, in: Journal of Common Market Studies 2/2008, S. 389-412.
- Sarkozy, Nicolas (2008): Rede vor dem Europäischen Parlament, 10.07.2008, online unter: <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+CRE+20080710+ITEM-008+DOC+XML+V0//DE&language=DE>.
- Scharpf, Fritz W. (1999): Regieren in Europa. Effektiv und demokratisch?, Frankfurt a. M./New York.
- Schild, Joachim (2008): Zwei Wege der Konstitutionalisierung der EU – oder: Joschka Fischer gegen Jean Monnet, in: Koopmann, Martin/Martens, Stephan (Hrsg.): Das kommende Europa. Deutsche und französische Betrachtungen zur Zukunft der Europäischen Union, Baden-Baden, S. 53-67.
- Schmidt, Vivien (2008): A ‘menu Europe’ will prove more palatable, in: Financial Times, 21.07.2008, online unter: http://www.ft.com/cms/s/0/f5a9d64c-5720-11dd-916c-000077b07658.s01=1.html?nclick_check=1.
- Schneider, Heinrich (2008): ‚Weiter so!‘ – oder ganz anders? Die Europapolitik nach dem irischen ‚Nein‘, in: integration 3/2008, S. 319-325.
- Schneider, Heinrich (2005): Die neu verfasste Europäische Union: noch immer das ‚unbekannte Wesen‘?, in: Jopp, Mathias/Matl, Saskia (Hrsg.): Der Vertrag über eine Verfassung für Europa. Analysen zur Konstitutionalisierung der EU, Baden-Baden, S. 109-132.
- Schwellnus, Guido (2006): Sozialkonstruktivismus, in: Bieling, Hans-Jürgen/Lerch, Marika (Hrsg.): Theorien der Europäischen Integration, Wiesbaden, S. 321-345.
- Steinmeier, Frank-Walter (2008) in: Spiegel online, 2. Juli 2008, online unter: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,563325,00.html> (Stand: 12.08.2008).
- Thune, Christian (1993): Dänemark, in: Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 1992/93, Bonn, S. 308-313.
- Tömmel, Ingeborg (Hrsg.) (2008a): Die Europäische Union. Governance und Policy-Making, Politische Vierteljahresschrift Sonderhefte 40/2007, Wiesbaden.
- Tömmel, Ingeborg (2008b): Das politische System der EU, 3. Aufl., München.
- Trüdinger, Eva-Maria (2008): Die Europäische Integration aus Sicht der Bevölkerung: Akzeptanz trotz Vielfalt?, in: Gabriel, Oscar W./Kropp, Sabine (Hrsg.): Die EU-Staaten im Vergleich. Strukturen, Prozesse, Politikinhalt, 3. erw. Aufl., Wiesbaden, S. 215-235.
- Tsebelis, George (2008): Thinking about the Recent Past and the Future of the EU, in: Journal of Common Market Studies, 2/2008, S. 265-292.
- Umbach, Gaby/Wessels, Wolfgang (2008): The Changing Context of Economic and Monetary Union: ‚Deepening‘, ‚Widening‘ and Stability, in: Dyson, Kenneth (Hrsg.): The Euro at 10. Europeanization, Power and Convergence, Oxford, S. 54-68.
- Wallace, Helen (2007): Adapting to Enlargement of the European Union: Institutional Practice since May 2004, TEPSA.
- Weidenfeld, Werner (2008): Lissabon in der Analyse. Der Reformvertrag der Europäischen Union, Baden-Baden.
- Wessels, Wolfgang (2008a): Das politische System der Europäischen Union, Wiesbaden.
- Wessels, Wolfgang (2008b): Die Debatte nach ‚Irland‘: Festhalten an Lissabon, Aufbruch zu Alternativen oder doch Leben mit Nizza?, in: integration 3/2008, S. 312-318.
- Wessels, Wolfgang/Bopp, Franziska (2008): The Institutional Architecture of CFSP after the Lisbon Treaty – Constitutional breakthrough or challenges ahead?, CHALLENGE Research Paper Nr. 10.
- Whitman, Richard G. (2008): Foreign, Security and Defence Policy and the Lisbon Treaty: Significant or Cosmetic Reforms?, in: CFSP Forum 6:2, S. 1-5.
- Wiener, Antje (2005): Constructivism and Sociological Institutionalism, in: Cini, Michelle/Bourne, Angela (Hrsg.): European Union Studies, Houndmills/New York.
- Zeitlin, Jonathan (2008): The Open Method of Co-ordination and the Governance of the Lisbon Strategy, in: Journal of Common Market Studies 2/2008, S. 436-450.

Weiterführende Links

- Connecting Excellence on European Governance, online unter: <http://www.connex-network.org/>.
- ICConnectEU, Übersicht über die Ergebnisse von 8 Forschungsprojekten aus FP6 zu European Governance, online unter: <http://www.icconnecteu.org>.
- New Modes of Governance Project, online unter: <http://www.eu-newgov.org/>.
- Referendum Commission der irischen Regierung, online unter: <http://www.lisbontreaty2008.ie/>.